

Besprechungen

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Zeitschrift für pädagogische Historiographie**

Band (Jahr): **15 (2009)**

Heft 2

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Besprechungen

Katrin Marx-Jaskulski: Armut und Fürsorge auf dem Land

Eine überzeugende Studie

■ Sabine Toppe

Was zeichnete Armut auf Dörfern Ende des 19. oder zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Zeitrahmen der «klassischen Moderne» aus, konnte sie überhaupt solche existenzbedrohenden Konsequenzen haben wie in der Stadt, oder, so Katrin Marx-Jaskulski am Schluss ihres Buches, «was war anders»? Mit Verweis auf die Schwierigkeit, Armut im ländlichen Raum, arme Orte oder Personen anhand gängiger Merkmale und eindeutig anmutender Indizien von Armut wie «Dorfansichten mit ungepflasterten Wegen oder windschiefen, schlecht gedeckte Häusern und Scheunen» zu dechiffrieren (S. 9) eröffnet die Historikerin ihre ebenso vielschichtige und kenntnisreiche wie materialreich belegte, in interdisziplinärer Perspektive überaus spannende Untersuchung von Armut und Fürsorge in der deutschen Provinz. In ihrer mikro-, regional- und alltagsgeschichtlich angelegten Studie, die explizit keine begrenzte Lokalgeschichte darstellt, sondern in einer generalisierbaren Perspektive die «Erforschung des Umgangs mit Armut in einer ländlichen Region» (S. 35) bzw. der lokalen ländlichen Praxis der Armenerziehung und -verwaltung durch kommunale und private Fürsorgeeinrichtungen, ermöglicht insbesondere der mikrohistorische Ansatz die erkenntnisreiche Verknüpfung der Analyse kommunalen Verwaltungshandelns in kleinen Dörfern mit einem lebensweltlichen Zugang zum Alltag armer Frauen, Männer und Kinder. Armut und Fürsorge auf dem Land wird in dieser Studie, und das zeichnet sie meines Erachtens besonders aus, primär über Personen, nicht nur als «Objekt einer öffentlichen Fürsorge» sondern als «handelnde Subjekte» und mit Blick auf den «Eigensinn» (agency) der Akteure erschlossen: Arm sind diejenigen, die Unterstützung genießen, sind Personen, die als Arme wahrgenommen und identifiziert werden, weil sie einen Antrag auf Fürsorge stellten oder Unterstützung bezogen. Dadurch wird der Fokus auf die subjektiven, sozialräumlich wie geschlechtsspezifisch geprägten Perspektiven der Landbevölkerung ebenso gerichtet wie auf die kommunikativen Akte und gesellschaftlichen Bezüge, die die Armen zum Armen machen. Ökonomische Kriterien sind dabei von untergeordneter Bedeutung. Zu Recht hebt Marx-Jaskulski hervor, dass damit Aspekte untersucht werden, «die bislang in

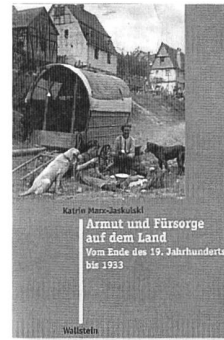
der historischen Forschung zu Armut, Armenfürsorge und Sozialpolitik, die sich eher auf nationale Wohlfahrtsstaatlichkeit, die Entwicklung der Sozialversicherung oder die Praxis von Armenfürsorge und Wohlfahrtspflege in Städten konzentrierte, zu kurz gekommen sind» (S. 19).

Grundlage der Arbeit sind umfangreiche Fallakten der allgemeinen kommunalen Armenfürsorgeverwaltung der Altkreise Bernkastel und Wittlich, die Teile der Eifel, des Moseltals und des Hunsrück umfassen. Die untersuchten Unterstützungsanträge bestehen aus selbst verfassten Briefen, die von der Bevölkerung an die Behörden gerichtet wurden und besondere Informationen über das «Selbstverständnis der Akteure, die sozialen Rollenzuschreibungen, Stigmatisierungen, kurz: die soziale Produktion von Identität» transportieren (S. 37f.), aus Entscheidungen des Gemeinderates und der sich anschließenden administrativen und privaten Korrespondenz zwischen den unterschiedlichen Stellen. Katrin Marx-Jaskulski eröffnet durch die quantitative wie qualitative Auswertung der Quellen unter Bezugnahme auf eine theoretisch breit und interdisziplinär ausgewiesene Sekundärliteratur vielschichtige Ansätze, Handlungsmöglichkeiten und -logiken sowohl der kommunalen Fürsorgeverwaltungen und der konkreten Fürsorgepraxis als auch von Bedürftigen abzuwägen und ganz besonders Einblicke in den Alltag der armen Bevölkerung zu gewinnen. Dazu zählen Eindrücke des familiären Zusammenlebens, der Arbeitszusammenhänge und -abläufe, der Erziehung und Versorgung der Kinder, der Wohnbedingungen, der Kleidung, der gesundheitlichen Lage und insbesondere der Ansätze von Existenzsicherung innerhalb einer «Ökonomie des Notbehelfs», die Marx-Jaskulski auch als «Überlebensstrategien von Armen» erfasst (S. 242ff.), neben Analysen von Verhandlungsprozessen und Kommunikationsstrukturen «vor Ort». Eine wichtige Rolle spielt dabei die Unterteilung in «würdige» und «unwürdige» Arme in einem Umfeld kleinmäsiger sozialer Kontrolle, an die letztendlich die Voraussetzungen gebunden waren, unter denen eine Fürsorgeunterstützung bewilligt wurde. Eine ausgewiesene willkürliche Vergabep Praxis, die Unterstützungen nur für einen sehr eingeschränkten Personenkreis vorsieht und Bedürftigkeit – scheinbar objektiv definiert durch Parameter wie Vermögen, Einkommen oder Kinderzahl – als administratives Konstrukt entlarvt, steht hier neben einem starken Rückgriff auf private Fürsorge, wobei die Bewertung der Würdigkeit durch die gegenseitige Kenntnis und Kontrolle in den kleinen Gemeinden sehr erleichtert wurde. Die kommunalen Entscheidungs-

träger bezogen sich zur Ablehnung von Leistungen nicht selten auf die mangelnde «Unterstützungswürdigkeit» oder die «selbstverschuldete Armut», die allein zur Ablehnung eines Antrags jedoch nicht berechtigten (S. 87f.). Auch der äusserst restriktiven zeitgenössischen Praxis der kommunalen Armenhilfe waren Grenzen gesetzt und es so nicht möglich, die Arbeitsfähigen, darunter viele kinderreiche oder temporär arbeitslose Geringverdiener, von Unterstützungsleistungen komplett auszuschliessen. Ein «geregeltes Armenwesen» stand bei den Gemeinden allerdings, so Marx-Jaskulski, aus finanziellen Beweggründen nicht im Vordergrund (S. 416). Häufiger machten die Gemeinden eine lebenslange Versorgung alter Menschen von der Abtretung von Renten abhängig, oder verpflichteten Witwer und Witwen zum Verkauf ihrer Wohnhäuser, was nicht selten die Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien mit sich brachte. Hier verweist Marx-Jaskulski auf den Spannungsbogen der kommunalen Fürsorge neben einer gleichsam selbstverständlichen Versorgung von Armen und ihre wenig stigmatisierte Position innerhalb der Dorfgemeinschaften, wobei letztere nicht idealisiert werden dürfen: die «Elastizität» des familiären, verwandtschaftlichen und gemeindeinternen Auffangnetzes war nicht unbegrenzt, und das Netz konnte reissen, indem Arme aufgegeben, verlassen, ausgestossen wurden, oder die Unterstützung «teuer erkaufte» werden musste. Zudem sollte ein stärker ausgeprägtes Hilfssystem auf dem Land nicht zwangsläufig als Ausdruck grösserer Solidarität interpretiert werden, «sondern auch als Ausdruck einer Selbsthilfe, die notwendig war, weil die Armenfürsorge auf dem Land unzureichend verwaltet wurde» (S. 16). Dabei lässt sich die Unterstützung von Armen durch die Gemeinden in dem untersuchten Gebiet nicht auf die öffentliche kommunale Armenfürsorge reduzieren, hinzu kamen andere Unterstützungsformen durch die Zusammenarbeit mit konfessionellen und privaten Fürsorgeeinrichtungen, mit Klöstern und Waisenhäusern, durch Darlehensgewährung aus den Armenspenden im Rahmen von Stiftungen oder auch durch – mehr oder weniger erfolgreiche – Hilfsangebote im Rahmen bürgerlicher Frauenvereine.

Es ist auch diese besondere Verknüpfung unterschiedlicher Blickwinkel öffentlicher wohlfahrtsstaatlicher und kommunaler wie privater und subjektiver Armenfürsorge, die Katrin Marx-Jaskulski Studie auszeichnet. Ihre sehr dichte Beschreibung und materialreiche Fundgrube der Armen- und Fürsorgegeschichte im ländlichen Raum ist insgesamt von hoher Qualität, das Buch besticht durch seine klare Gliederung und eine gute Lesbarkeit, durch präzise Argumentationen und das Angebot vielschichtiger Anknüpfungspunkte für sozialhistorische, kulturwissenschaftliche und bildungshistorische Arbeiten, unterstützt durch ein umfangreiches Literatur- und ein detailliertes Stichwortverzeichnis. Die Studie lässt trotz ihres regionalen Bezugs grund-

sätzlich generalisierbare Aussagen zu, da immer wieder zeitgenössische Untersuchungen zum ländlichen Armenwesen und «Seitenblicke» auf dessen Gestaltungen in anderen Kommunen herangezogen werden.



Katrin Marx-Jaskulski: *Armut und Fürsorge auf dem Land. Vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1933.* Göttingen: Wallstein 2008. 479 S. mit 17 Abb. CHF 78.–, EUR 46.– ISBN 978-3-8353-0220-4

Martin Lawn (Ed.): *Modelling the Future*

Die Pädagogik des Ausstellungswesens

■ Philipp Gonon

Im Zusammenhang mit der polit-ökonomischen, technologischen aber auch kulturellen Entwicklung der Industrienationen der nördlichen Hemisphäre findet seit einigen Jahren das Ausstellungswesen vermehrtes Interesse von wissenschaftlicher bzw. auch historischer Seite. Unter den Auspizien der Modernisierung erregen vor allem die seit 1851 bis heute veranstalteten Weltausstellungen Aufmerksamkeit, zunächst als öffentliches Ereignis, dann aber auch als Anlass für wirtschaftliche und politische Entscheidungen einzelner ausstellender Länder, die sich in einer weltweiten Schau ihrer eigenen Stellung und Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen vergewissern können. Auch Schule und Erziehung waren und sind Gegenstand von Ausstellungen, Messen und Museen, und so ist es nicht erstaunlich, dass aus erziehungswissenschaftlicher Sicht diesem Phänomen Beachtung geschenkt wird.

Martin Lawn, Erziehungssoziologe aus Edinburgh, mit einem Interesse für räumliche und materielle Aspekte der Erziehung, hat in der vorliegenden Publikation einige Autorinnen und Autoren für diese Thematik gewinnen können, basierend auf einer im Herbst 2007 durchgeführten Tagung in Spanien.

Ausstellungen sind, wie er als Herausgeber einleitend zu Recht erwähnt, keine «stand-alone events», sondern haben Wirkungen, die darauf beruhen, dass sich Besucher zunächst einmal von den Exponaten einnehmen lassen und danach mit neuen Ideen wieder in ihren Alltag zurückkehren. Dieser Vorgang hinterlasse Spuren: Dokumente, Broschüren, Bilder und Ausstellungsgegenstände. Darüber hinaus waren Weltausstellungen, aber auch nationale und lokale Messen, Katalysatoren für

neue Unterrichtsmedien und -technologien, ja selbst für die Begründung neuer Institutionen im Bildungsbereich. Ausstellungen verhalfen zu einer neuen Sicht auf Schule, indem sie bestimmte Formen der Klassifizierung und des Arrangements von Lehren und Lernen begünstigten und verbreiteten.

Nach diesen einleitenden und alles in allem zustimmungsfähigen Bemerkungen folgt eine Aufreihung, betitelt mit «International Exhibitions: towards a chronology». Es lässt sich daraus ersehen, dass eine gewisse Unsicherheit besteht, aus der Vielzahl an Ausstellungen diejenigen zu identifizieren, die sich durch eine hervorragende Bedeutung, sei es als Weltausstellung, sei es als regionale Veranstaltung in einer Weltgegend, auszeichneten. Leider wird diese Liste von Lawn nicht weiter kommentiert, dabei wäre genau daraus eine Entscheidung bezüglich der Konzeption des Readers nachvollziehbarer geworden: Nicht lediglich den Einfluss von Weltausstellungen auf nationale Praktiken zu rekonstruieren, was neben ihm als Herausgeber immerhin fünf der acht anderen Beiträger im Blick haben, sondern darüber hinaus auch exemplarisch im Sinne von Fallstudien von (lokal-regionalen) Ausstellungen auch spezifische Wirkungen darzulegen.

Martin Lawn selbst eröffnet den Reigen der Beiträge. In einer im Verhältnis zur von ihm portierten starken These, dass Weltausstellungen einen normierenden Einfluss auf Unterricht und eine Neubestimmung von Erziehung und Staat bewerkstelligt hätten, präsentiert er einen hinsichtlich Evidenzen sehr knapp gehaltenen Aufsatz. An Weltausstellungen seien Begriffe und Klassifikationen geprägt worden, die später modellhaft in Museen der einzelnen Nationen wieder aufgegriffen worden seien: Schulbuchillustrationen, Pappmaché, Darstellung metrischer Formen und Gewichte, all dies habe unter anderem die nachfolgenden Erziehungspraktiken geprägt. Viele durchaus plausibel erscheinende Aussagen werden jedoch eher behauptet, denn mit entsprechenden Befunden entfaltet. So wäre zunächst einmal auch deutlicher herauszuarbeiten, seit wann denn eigentlich Erziehung Gegenstand von Weltausstellungen wurde, oder aber inwiefern Normierungen ausserhalb des Erziehungsbereiches auch die jeweiligen Schulen erreichten.

Der nachfolgende Beitrag von Agustin Escolano Benito geht der Frage von Bildern von Ethnizität, transportiert in Schulbüchern, wie sie ausgestellt wurden, nach, ebenso wie der Darlegung und Diskussion von Projektoren für das Schulzimmer. Auch in diesen Überlegungen nimmt die Auswertung der Untersuchungsobjekte einen kleinen Platz ein, stattdessen wird mehr über Semiologie und über eine genealogische Perspektive des Erziehungsprozesses reflektiert, die einen historischen Zugang zur Erziehung des Bürgers eröffnen sollen.

Eine bezüglich Thematik, Material und Aussage kohärentere Darlegung ist diejenige von Eckhardt Fuchs. Er rekonstruiert das Zusammenspiel von Weltausstellung und Schulmuseengründungen in

Deutschland. Zwar ergaben sich aufgrund von solchen internationalen Grossereignissen Impulse für die Gründung von Schulmuseen, wie die insbesondere ab 1873 neu geschaffenen Museen in Italien, Bayern, Schweiz, Dänemark und den USA zeigten, aber es waren vorwiegend lokale und regionale Anstösse, die für die Entstehung und vor allem für den Weiterbestand bedeutsam waren. Es ging vorwiegend darum, Informationen und innovative Lehrmittel auf Dauer zugänglich zu machen und zwar hauptsächlich im Dienste der Professionalisierung der Lehrerschaft.

Kayoko Komatsu zeichnet die Rolle von Ausstellungen für die Modernisierung des japanischen Bildungswesens nach. Internationale Ausstellungen, aber insbesondere Museen in Japan agierten als Agenturen, oder Knotenpunkte, um das Bild einer modernen Erziehung zu verbreiten.

Informativ ist auch der Beitrag von Noah Sobe und Carrie Rackers. Sie beschreiben den Einsatz von Schreibmaschinen an internationalen Ausstellungen zwischen 1893 und 1915 in den USA. Lebendige Demonstrationen und konkreter Schreibmaschinenunterricht sollten die Vorteile gegenüber Handschriftlichem hervorheben. Die Hersteller befanden sich hierbei in direkter Konkurrenz mit den Füllfederfabrikanten. Zumindest was die Schule betrifft, konnte sich schliesslich dennoch die Handschrift behaupten.

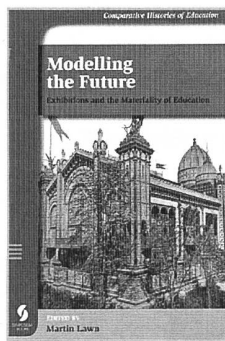
Zwei weitere Aufsätze legen den Beitrag einzelner Länder im Hinblick auf Erziehung und Schule für die Weltausstellungen dar. Ines Dussel porträtiert die Rolle Argentiniens, die gemäss der Autorin eher wenig spektakulär war und vor allem den einheimischen Eliten verdeutlichen sollte, wie «europäisch» ihr Bildungssystem war. Derjenige von Maria del Mar del Pozo Andres weist nach, dass die Weltausstellungs-Präsenz des spanischen Bildungswesens und die in Spanien publizierten Berichterstattungen Selbstkritik initiierten und eine gewisse Bereitschaft für pädagogische Reformen eröffneten.

Ian Grosvenor wiederum untersucht in seinem Beitrag, betitelt mit «Teaching the Empire», welcher sich ausschliesslich auf die «British Empire Exhibition» 1924 in London bezieht, was für eine explizite Botschaft an die Schulen des Landes vermittelt wurde. Dazu analysiert er die begleitenden Publikationen, wie sie rund um diese Ausstellung wöchentlich erschienen. Sie präsentierten das Bild einer bunten Vielfalt aus allen Weltgegenden, sollten aber gleichzeitig die Rolle des britischen Imperiums rechtfertigen und nostalgisch verklären.

David Limond schliesslich konzentriert sich auf Glasgow als Ort verschiedener Ausstellungen im Zeitraum von 1888–1988, hierbei die erzieherischen Aspirationen in den Blick nehmend. Er stellt unterschiedliche Phasen didaktischer Ansprüche fest. Während in einer ersten Periode weniger Aufklärung als vielmehr Spektakel im Vordergrund stand, entwickelte sich nach und nach ein belehrender An-

satz, der jedoch seit den 1950er-Jahren wiederum an Bedeutung verloren habe. Er weist darauf hin, dass Ausstellungen immer Kompromisse darstellen zwischen Kommerz, Erziehung und Vergnügen, wobei er gegenüber der neueren Entwicklung, die vermehrt durch Konsumismus und Antiintellektualismus gekennzeichnet sei, Kritik äussert.

Der Sammelband enthält, wie in Tagungsbänden häufig zu beobachten, eine Fülle von unterschiedlichen Beiträgen hinsichtlich theoretischem Anspruch und thematischer Fundierung. Einige Erziehung und Schule betreffende und auch neue Aspekte im Zusammenhang mit Messen, Museen und Weltausstellungen werden verdeutlicht und ebenso sind die abgebildeten Funde an Materialien ansprechend. Originellen Beiträgen stehen eher deskriptive Schilderungen gegenüber. Etwas bemühend wirkt der Versuch, als Klammer des Sammelbandes, den Ausführungen insgesamt eine theoretische Dignität und Kohärenz zu verleihen, gerade auch angesichts der disparaten und eher bescheidenen empirischen Datenbasis. Der Zugang über die Materialität der Erziehung ist alles in allem eher angedeutet, denn überzeugend dargelegt worden. Gleichzeitig sind gravierende Lücken in thematischer und geographischer Hinsicht nicht zu übersehen, vor allem wenn man den Titel ernst nimmt und die Ausstellungen als Zukunftsstätten, bzw. als historische Modelle für die Zukunft der Erziehung betrachtet. Dafür ist zu vieles vom Herausgeber, wie von den Beitragenden, nicht in den Blick genommen, das heisst auch zu wenig forschend expliziert worden. Bekanntes, etwa zur Wiener Weltausstellung 1873 hinsichtlich Schule und Bildung, bzw. Schulhausbauten, oder hinsichtlich Unterrichtsmaterialien am Ende des 19. Jahrhunderts an den diversen Weltausstellungen in Philadelphia und Paris, betreffend der hochwirksamen Verbreitung des Handfertigkeitsunterrichtes, wurde nicht thematisiert. Überrasen ist auch der Anspruch, eine vergleichende Geschichte mit diesem Band zu präsentieren, vielmehr handelt es sich eher um ein Aggregat an Sichtweisen und weiter zu elaborierenden Forschungshypothesen.



Martin Lawn (Ed.): *Modelling the Future. Exhibitions and the Materiality of Education*.

Oxford: Symposium Books 2009. 208 S.

£28.–, EUR 34.99

ISBN 978-1-873927-27-4

Julia Kreuzsch: *Der Verlag der Buchhandlung des Waisenhauses als Schulbuchverlag zwischen 1830 und 1918*

Eine Erfolgsgeschichte?

■ Norbert Grube

Julia Kreuzschs 2006 abgeschlossene und zwei Jahre später veröffentlichte Dissertation *Der Verlag der Buchhandlung des Waisenhauses als Schulbuchverlag zwischen 1830 und 1918* kombiniert Zugänge aus der Unternehmens-, Buchmarkt- und Verlagsgeschichte. Eher am Rande spielen Aspekte der Historischen Bildungs- und Curriculumforschung eine Rolle. Im Zentrum steht die Frage, wie sich der Verlag der Halleschen Waisenhaus-Buchhandlung zwischen 1830 und 1918 zu einem «erfolgreichen Schulbuchverlag entwickelte» (S. 4). Die Auswahl des Untersuchungszeitraums begründet Kreuzsch ereignis- und aktorsgeschichtlich mit dem Ende des deutschen Kaiserreichs sowie mit personellen Umbruchsituationen in der Leitung der Franckeschen Stiftungen und der des Verlags. Die dreizehnseitige Einleitung mit knappem Forschungsüberblick präsentiert die verlagsgeschichtlichen Untersuchungsschwerpunkte. Die ebenfalls angedeutete bildungshistorisch interessante Fragestellung nach dem «Entstehungsprozess von Schulbüchern» (S. 4) gibt Kreuzsch bedauerlicherweise gleich wieder auf, da sie trotz aufwändiger und profunder Quellenstudien im Archiv der Franckeschen Stiftungen und im Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz aufgrund fehlender Korrespondenz zwischen Verlagsleitung und Schulbuchautoren nicht zu analysieren sei (S. 11). Damit fehlt jedoch der rote Faden dieser Dissertation, so dass die nach der Einleitung folgenden und von einem ausführlichen Quellen- und Literaturverzeichnis beschlossenen sieben Untersuchungskapitel miteinander wie eigenständige Textblöcke unverbunden nebeneinander stehen.

Die Einführung von Schulbüchern in Preussen hing im 19. Jahrhundert lange Zeit von den Lehrern vor Ort ab (S. 20–25), wie Kreuzsch im zweiten Kapitel nachweist. Diese lokale Verschiedenheit konnte der zwischen liberaler und restriktiver Schulbuchzulassung schwankende preussische Staat nach der zum Jahresende 1878 verfügten Revision der an den höheren Schulen eingeführten Schulbücher und der daraufhin langsam einsetzenden Vereinheitlichung, Zentralisierung und Bürokratisierung des Zulassungsverfahrens bis 1913 eindämmen (S. 53). Liberale Schulpolitik, wie sie sich in den «Allgemeinen Bestimmungen» von 1872 manifestierte, steigende Schülerzahlen und drucktechnische Innovationen führten – so die in Kapitel drei ausgebreiteten Ergebnisse – zu einem bis 1890 boomenden Schulbuchmarkt. Anschliessend wies er mit der Zentralisierung der Zulassung, strikter Lehrplanpolitik ab 1892 und mit Konzentrationsprozessen im Verlagswesen ab 1901 (S. 78–80) rückläufige Produkti-

onszahlen auf. Nach dieser Betrachtung des schulpolitischen und verlagswirtschaftlichen Kontextes geht Kreuzsch im vierten Kapitel (S. 89–106) abrupt und ausführlich auf die Geschichte der an preussischen höheren Schulen erst ab 1901 eigenständigen Unterrichtsfächer Geographie und Geschichte ein. Dabei spannt sie einen Bogen vom 16. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg und deutet an, dass die ursprünglich jeweils theologisch grundierten Fächer im Kaiserreich nach 1871 zunehmend in nationalpolitisches, ja nationalistisches Fahrwasser gerieten (S. 93). Dieser fächergeschichtliche Rückblick mag aufgrund von Kreuzschs Fokussierung auf die Geographie- und Geschichtsschulbücher von Hermann Adalbert Daniel, Alfred Kirchhoff, Friedrich Neubauer und Harry Bretschneider geboten sein, fällt jedoch zu weitschweifig aus und bleibt gerade im Hinblick auf die angedeutete nationalistische Überformung um 1900 leider ohne Bezug zur im Untertitel angekündigten Schulbuchanalyse. Diese lässt den gespannten Leser ohnehin weiter auf sich warten, denn mit einem neuerlichen Bruch erfolgt in Kapitel fünf erst einmal die deskriptive Verlagsgeschichte der Buchhandlung des Waisenhauses zwischen 1830 und 1918 (S. 107–181). Der hierbei aufschimmernde Konflikt zwischen Verteidigung der jahrhundertlangen Selbstbestimmung und -verwaltung des Waisenhauses und dessen Einbezug in die Administration des preussischen Staates (S. 119, S. 128, S. 134) hätte jedoch stringenter auf die Fragestellung herausgearbeitet werden können, welche Folgen für die Schulbuchproduktion diese Spannungen hatten. Die biographische Präsentation der vier Administratoren der Buchhandlung von 1830 bis 1918 im Stile einer detailgenauen, mitunter hagiographische Züge aufweisenden Personalbeurteilung (z.B. S. 139) erzeugt dagegen Redundanzen in der Darstellung des Kampfes um Selbstbehauptung des Verlags gegenüber dem Staat und des Wettbewerbs im Schulbuchmarkt. Zwar liefert dieser biographische Zugriff interessante verlagsgeschichtliche Details auf der Basis solider Quellenarbeit. Doch die wirtschaftlich wechselvolle Historie des Verlags, der nach seinen Krisen in den 1850er-Jahren einen rasanten Aufstieg in den Jahren ab 1870 und dann wieder ab 1905 nahm (S. 178–181), hätte stärker in Bezug gesetzt werden müssen zum Kontext der Schulpolitik und des Schulbuchmarktes. Denn warum ausgerechnet in Phasen rigider staatlicher Zentralisierung der Lehrpläne und Schulbuchzulassungen sowie verlagswirtschaftlicher Pleiten und Konzentrationen der Verlag des Halleschen Waisenhauses diesen Aufschwung nahm, bleibt trotz einiger Erklärungsansätze unklar.

Auch die Fokussierung auf die erfolgreichen Geographie- und Geschichtsbücher des Verlags im sechsten Kapitel führt hier nur begrenzt weiter. Zwar beschreibt die Autorin die grossen Erfolge von Hermann Adalbert Daniels 1845 erstmals und bis 1914 in 84. Auflage erschienenem *Lehrbuch der Geographie für höhere Lehranstalten* und des bis

1895 in 200 Auflagen publizierten *Leitfadens für den Unterricht in der Geographie* (S. 187–199). Auch waren die – wenngleich nicht ganz so – auflagenstarken Bücher *Schulgeographie* und *Erdkunde für Schulen* von Alfred Kirchhoff, der zuvor Neuaufgaben von Daniels Büchern bearbeitet hatte, «erfolgreich» (S. 199–208), ebenso wie die untersuchten 1892 bzw. 1897 nach der preussischen Lehrplanreform erschienenen mehrbändigen Geschichtslehrbücher von Harry Bretschneider und Friedrich Neubauer (S. 210–239). Doch Gründe für den Verlagserfolg können diese Fokussierungen kaum und noch weniger die ausführlichen biographischen Darstellungen der Schulbuchautoren liefern. Entsprechen diese Schulbücher Erwartungen von Lehrern und Eltern? Trafen sie mit ihren von Kreuzsch häufig zu unkritisch und nur marginal erwähnten nationalchauvinistischen Tönen sozio-kulturelle Grundströmungen im deutschen Kaiserreich? Um diese Fragen zu beantworten, hätte es mehr als oberflächliche Benennungen über Auflagen und Verbreitungen der Bücher bzw. der Werbemassnahmen des Verlags bedurft, wie sie im siebten Kapitel präsentiert werden (S. 241–276). Selbst wenn es an Quellen zum Entstehungsprozess der Schulbücher und zum Verhältnis von Verlag und Schulbuchautor fehlt, so hätte ein stichprobenhafter inhaltsanalytischer Vergleich der verschiedenen Ausgaben Hinweise auf Anpassungen und Umarbeitungen und damit auf publikations- und verlagspolitische Strategien geben können. Doch diese Schulbuchanalyse unterbleibt leider völlig, auch lobbyistisch anmutende Praktiken des Verlags des Halleschen Waisenhauses beim preussischen Ministerium der geistlichen Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten werden nur am Rande erwähnt (S. 245, S. 254, S. 297ff.). Und Hinweise auf kulturelle Kontexte erschöpfen sich in Aufzählungen der Schulbuchrezensionen (S. 276–296). Aufgrund dieser Defizite in der mit zu geringer analytischer Distanz zu nah, wenngleich solide an den Quellen orientierten Verlags«erfolgs»geschichte können auch Kreuzschs abschliessenden Anstösse für die historische Schulbuchforschung nur wenig überzeugen.



Julia Kreuzsch: Der Verlag der Buchhandlung des Waisenhauses als Schulbuchverlag zwischen 1830 und 1918. Die erfolgreichen Geographie- und Geschichtslehrbücher und ihre Autoren. Tübingen: Max Niemeyer-Verlag 2008. 360 S.

Euro 29,90

ISBN 978-3-484-84025-6

Anne Overesch: Wie die Schulpolitik ihre Probleme (nicht) löst

Eine gelungene Vergleichsstudie aus dem Politikfeld Schule

■ Ragnhild Barbu

Die Veröffentlichung der ersten PISA-Studie Ende 2001 führte in den meisten OECD-Ländern zu einem Wettstreit um eine gute Position im internationalen Ranking und so mancher Bildungspolitiker fragte sicherlich: *Why can't we more be like Finland?*, wie es der Mitherausgeber der Washington Post, Robert G. Kaiser formulierte (S. 263). In ihrer 2007 veröffentlichten Dissertation gibt Anne Overesch eine Antwort auf diese Frage. In einem zweistufigen Analysemodell untersucht sie an den Beispielen Finnland und Deutschland, wie es zu den Erfolgen und Misserfolgen in der Schulpolitik gekommen ist. Da in Deutschland die Zuständigkeit für das Schulwesen bei den einzelnen Bundesländern liegt, hat sie für den Vergleich Deutschland und Finnland fünf Bundesländer ausgewählt, die in dem Untersuchungszeitraum 1990 bis 2001 verschiedene Parteienkonstellationen repräsentierten. In dem Forschungsdesign verknüpft Overesch die verschiedenen Ansätze der klassischen Politikwissenschaft (*politics- and polity-dimension*) mit den Ansätzen der Politikfeldanalyse (*policy-dimension*). Ausgehend von konkreten Programmen und Inhalten politischer Entscheidungsträger (*policy*) werden Prozesse und Aktivitäten politischer Akteure (*politics*) sowie das politische System (*polity*) analysiert (S. 36ff.).

Overesch stellt die einfache Frage, wie beurteilt werden kann, ob eine politische Entscheidung richtig bzw. erfolgreich war. Heutzutage werde, so Overesch, diese Frage oft mit einem Soll-Ist-Vergleich beantwortet, wodurch die Soll-Grösse «Qualität» zu einem zentralen Moment in der internationalen Bildungsdiskussion geworden sei. Die Frage nach der Qualität der Schulpolitik werde mit Blick auf andere Politikfelder umso wichtiger – sei es aufgrund des Abhängigkeitsverhältnisses von Wirtschafts- und Bildungspolitik, oder hinsichtlich der Frage nach dem Verhältnis von Bildungs- und Sozialpolitik oder einfach nur hinsichtlich immer knapper werdender Ressourcen für die einzelnen Politikbereiche im Allgemeinen. Der Qualitätsbegriff von Politikern sei stark mit den vertretenen Bildungszielen verknüpft und signalisiere, welches Verständnis von Chancengleichheit bestehe, wobei sich hier die Frage, ob möglichst viele Schüler einen hohen Abschluss erzielen sollten oder ob damit das Qualitätsniveau sinke, als entscheidender Punkt herauskristallisiert habe. Nach Overesch wurden in den letzten Jahrzehnten in den meisten OECD-Staaten die Ziele Chancengleichheit und Leistung als unvereinbar angesehen. Daher sei es sehr wichtig, nicht nur aufzuzeigen welche Aufgaben für den Bereich Schule als wichtig identifiziert wurden, sondern

auch, wie sich das Verständnis von Leistung und Gleichheit in den Jahren verändert hat (S. 62f.): Wem werden welche Chancen eröffnet?

Finnland führte die Gesamtschule bereits Ende der 60er-, Anfang der 70er-Jahre ein und seitdem werden Schüler ab dem Alter von sieben Jahren bis zur neunten Klasse gemeinsam unterrichtet. Chancengleichheit und Leistung wurden hier als zwei Seiten einer Medaille verstanden. Mit der Verwaltungsreform Mitte der 80er-Jahre rückte die Ganzheitlichkeit des Bildungswesens in den Vordergrund und die Zuständigkeit für den Politikbereich Schule wurde den Gemeinden übertragen. In der Regierungserklärung 1990 hiess es, dass die Effektivität des Bildungsangebots gesteigert werden könne, wenn das Schulwesen dezentraler und flexibler gestaltet würde (S. 70). Dieses Reformstreben setzte sich in den kommenden Entwicklungsplänen fort, zum Beispiel mit der Einführung des Leitgedanken des lebenslangen Lernens, der Berücksichtigung des Einzelnen im Unterricht oder individuellen Stundenplänen. Aber auch in Finnland blieben aufgrund finanzieller Einschränkungen einige Reformen aus, wie etwa die kostenfreie Vorschule.

Im Bereich der Schulqualität wurden drei neue Schwerpunkte gesetzt: Deregulierung, Dezentralisierung und nationale Evaluation. Bereits 1994 wurden Evaluationen nicht nur eingesetzt, um Lernergebnisse zu überprüfen, sondern auch um Effektivität und Effizienz im Schulwesen zu messen. Finnland hatte damit die Gelegenheit wahrgenommen, Entwicklungen im Schulbereich trotz eingeschränkter Zuständigkeit zu kontrollieren. Insgesamt hat sich gezeigt, dass die Problemlösungskapazität der finnischen Schulpolitik gemessen am Qualitätsmodell (Input-, Prozess- und Outputebene) sehr hoch ist (S. 93).

Nach Overesch liegt in dem politischen Konsensmodell das Erfolgsrezept der finnischen Schulpolitik, denn der politische Kurs wurde nicht den alternierenden Regierungszusammensetzungen angepasst, sondern blieb stringent. Dadurch wurde es einer grossen Bandbreite an politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen ermöglicht, Einfluss zu nehmen (S. 98). Die Stärkung des Bildungsbereichs war die Strategie, um international wettbewerbsfähig zu sein. Es scheint sich besonders in diesem Politikfeld eine Art «*educational policy style*» entwickelt zu haben, der sich in einem konsensualen, pragmatischen Entscheidungsstil manifestiert (S. 115ff.).

Den entscheidenden Unterschied zu Deutschland erkennt Overesch in der starken Heterogenität der Schulpolitik. Die Fallstudien zu den Bundesländern machen deutlich, dass in der schulpolitischen Art des Problemlösens grosse Differenzen bestanden. Am erfolgreichsten war das Bundesland Bayern und gegen Ende des Untersuchungszeitraums auch Brandenburg. Dieser Erfolg sei weitestgehend darauf zurückzuführen, dass es in Bayern gelungen sei, parteiübergreifend einen Handlungsbedarf festzu-

machen und Reformen umzusetzen.

Insgesamt zeigten sich jedoch in allen Bundesländern deutliche Mängel im Qualitätsdiskurs, verharren doch die meisten Ansätze auf der Input-Ebene, das heisst auf den Rahmenbedingungen des Schulwesens. Aktivitäten auf der Prozess- und Output-Ebene blieben aus (S. 196). Der Unterschied innerhalb den Bundesländern zeige sich etwa daran, dass in Brandenburg und Niedersachsen der Selektionsprozess erst nach der Vollendung des sechsten Schuljahrs – also im Alter von 12 Jahren – vorgenommen wird, während in den übrigen untersuchten Bundesländern bereits nach der vierten Klasse selektiert werde, die formelle Chancengleichheit erschien offensichtlich als ausreichend. Der Gegensatz der Positionen führte schliesslich dazu, dass sich politische Diskussionen nur um Strukturfragen drehten und grundsätzliche Fragen an den Rand gedrängt wurden (S. 127ff.). In Deutschland sei es im Untersuchungszeitraum nicht gelungen, den möglichen Zusammenhang zwischen dem Gleichheitsprinzip und Leistung auf die politische Agenda zu bringen (S. 199) – vielmehr habe man deren Gegensatz betont.

In der Analyse des politischen Entscheidungsprozesses kommt Overesch zu einem ernüchternden Ergebnis für die deutsche Bildungspolitik: «Parteien waren die entscheidende Grösse im Policy-Making» (S. 217). Die inhaltliche Gestaltung der Schulpolitik variierte entsprechend der Parteienzusammensetzung der amtierenden Regierung und somit war die Gestaltung der Bildungspolitik primär von parteipolitischen Konflikten geprägt (S. 218f.). Dieses Festhalten in alten Argumenten sowie der Machtkampf der Parteien verhinderte, dass zukunftsweisende Entscheidungen getroffen werden konnten und somit auch, dass jedwede Reformierung der Bildungspolitik gelingen konnte. Auch die Kultusministerkonferenz, die eine Abstimmung auf Bundesebene erreichen sollte, zeigte sich in erster Linie parteipolitisch engagiert, ähnlich wie auch andere Interessengruppen wie etwa die Gewerkschaften. Overesch weist darauf hin, dass sich nach der Untersuchungsperiode ein Paradigmenwechsel in Deutschland abgezeichnet habe. Das lasse sich am deutlichsten an den Bundesländern Bayern und Brandenburg ablesen, die bereits zum Untersuchungszeitraum über die Parteienzugehörigkeit hinaus agierten.

Dass eine Orientierung an den *Best-Practice*-Beispielen auf dem Gebiet der Schulpolitik nicht möglich sei, ist wohl das erstaunlichste Resultat dieser Studie. Die Entscheidungsprozesse, wie sie sich im schulpolitischen Alltag Finnlands präsentieren, lassen sich nicht einfach übertragen oder kopieren, obgleich gerade dies in vielen Ländern aktuell diskutiert und versucht wird. Schulpolitik sei ein Bereich, so Overesch, der mit historisch gewachsenen und kulturell geprägten Erfahrungen rechnen müsste: «Institutionen im Sinne von historischen Erfahrungen und kulturellen Prägungen waren wich-

tiger für den Entscheidungsprozess als Institutionen im Sinne von Entscheidungsregeln» (S. 256). Mit anderen Worten: Durch eine Anpassung der Entscheidungsregeln an das Beispiel Finnland werde sich am Funktionieren des Schulwesens in Deutschland kaum etwas ändern. Finnland könne deshalb keine Blaupause für Europa und andere sein. Vielmehr müsse es innerhalb des einzelnen Landes bzw. des einzelnen Systems gelingen, bestehende Polarisierungen aufzuheben, eine gerechte Schulpolitik zu definieren und die Aufgaben des Schulwesens zu bestimmen. Das Buch von Anne Overesch ist zudem nicht nur wissenschaftlich von grossem Wert. Die verständliche Schreibweise ermöglicht es einem breiteren Publikum, an der aktuellen Diskussion über die Entwicklung der Schule in Europa teilzuhaben, ohne sich überkommener Slogans zu bedienen.



Anne Overesch: *Wie die Schulpolitik ihre Probleme (nicht) löst. Deutschland und Finnland im Vergleich.* Münster/New York/Berlin/München: Waxmann 2007. 352 S. EUR 29.90 ISBN 978-3-8309-1837-0

David F. Labaree: *Education, Markets and the Public Good*

Ein hervorragendes Beispiel, wie die Bildungsgeschichte aktuell und relevant werden kann

■ Bernd Zymek

Eine wissenschaftliche Reihe, in der seit einigen Jahren jeweils eine Sammlung von Aufsätzen von «World Educationalists» veröffentlicht wird, könnte zu der Befürchtung veranlassen, als gehe es nur um die retrospektive Würdigung verdienter Akademiker oder um eine Verlagsstrategie zur Durchsetzung einer Gruppe neuer «Klassiker» der angelsächsischen Erziehungswissenschaft als «Weltwissenschaftler». Was immer die Motive des Verlags sein mögen, der Sammelband mit einer Einleitung und 13 Aufsätzen des Bildungssoziologen und -historikers David F. Labaree, der heute an der Stanford-University in Kalifornien lehrt, ist alles andere als ein museales Projekt. Im Gegenteil, das Buch ist hoch aktuell und bietet die einzigartige Chance, sich am Beispiel der Aufsätze eines Fachmanns in zentrale bildungspolitische und erziehungswissenschaftliche Kontroversen der USA einführen zu lassen. Zudem ist es ein Lehrstück, wie historische Forschungen zu einem relevanten Beitrag in aktuellen bildungspolitischen Kontroversen werden können.

In der Einleitung stellt David F. Labaree seine in-

tellectuelle Entwicklung, seine heutige Einschätzung des amerikanischen Bildungssystems und den diskursiven Kontext der folgenden Aufsätze aus den letzten drei Jahrzehnten vor. Geradezu demonstrativ versagt er es sich, die amerikanische Bildungsgeschichte und den eigenen wissenschaftlichen Forschungsprozess in der Rückschau zu harmonisieren; statt dessen werden die Widersprüche des amerikanischen Bildungssystems und die oft verschlungenen Wege seiner eigenen intellektuellen Entwicklung offen und als programmatisches Anliegen thematisiert. Er beschreibt ausführlich, wie er in der Auseinandersetzung mit den empirischen historischen Gegenständen und durch die Kritik von Kollegen immer wieder zur Revision ursprünglicher Einschätzungen gezwungen wurde. Dieses vorbildliche Ethos der *academic community* in den USA prägt auch alle Aufsätze: Immer wird die Fragestellung in dem aktuellen akademischen Fachdiskurs verortet und die wissenschaftlichen Essays – das ist besonders überzeugend – als Beiträge zu aktuellen bildungspolitischen Initiativen und Debatten entwickelt (z.B. der Commission on Excellence in Education 1983, oder die Berichte der Holmes Kommission zur Reform der Lehrerbildungsinstitutionen 1992). Ihren besonderen Charakter und ihre Überzeugungskraft erhalten Labarees kritische Argumente allerdings dadurch, dass er die aktuellen Konstellationen und Kontroversen als Ergebnisse langfristiger historischer Prozesse der amerikanischen Bildungsgeschichte ausweist.

Die in dem Band versammelten Essays lassen sich drei grossen Themenkreisen zuordnen: Vor allem die frühen Essays basieren auf Labarees Forschungen zur amerikanischen Schul- und Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts, insbesondere seine PhD-Arbeit über die 1838 gegründete *Central High School*, Philadelphia. Ein zweiter Themenschwerpunkt der Aufsätze ist die Geschichte der amerikanischen Lehrerbildungsinstitutionen und ihre aktuell wieder so umstrittene Stellung. Als dritter Themenschwerpunkt lassen sich schliesslich eine Reihe von Aufsätzen zu den widerstreitenden Prinzipien und Zielen amerikanischer Bildungspolitik identifizieren.

Man kann und muss die Aufsätze aus zweierlei Perspektive lesen, einerseits als Beiträge zu einer Sozialgeschichte des amerikanischen Bildungssystems (Labaree selbst nennt seinen Forschungsansatz eine «historical sociology of American education», vgl. S. 3), andererseits als Beiträge zu den aktuellen amerikanischen Kontroversen über pädagogische Themen und bildungspolitische Strategien, die auch in Europa aktuell sind.

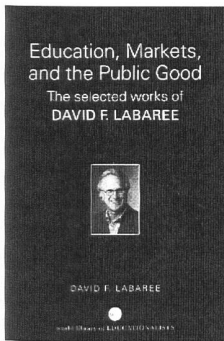
Die Lektüre aller Aufsätze bietet in ihren historischen Passagen eine ausgezeichnete soziologische Analyse des historischen Strukturwandels des amerikanischen Schul- und Hochschulsystems von den ersten – selektiven, aber «gnadenlos» meritokratischen – öffentlichen High Schools des 19. Jahrhunderts zu dem – sozial und curricular stratifizierten – Spektrum von Sekundarschulen des 20. Jahrhun-

derts, das Privatschulen, Schulen religiöser Gemeinschaften, «Special Public High Schools», aber nun auch die sozial inklusiven öffentlichen High Schools als Pflichtschulen aller anderen Schülerinnen und Schüler umfasst. Auf die Expansion des Sekundarschulbesuchs folgte ein Ausbau und eine Ausdifferenzierung des College-Systems, ein Prozess, in dem – auch in den USA – die Aufwertung traditioneller Lehrerbildungsinstitutionen eine entscheidende Rolle spielte, an dessen vorläufigem Ende dann aber die «ed schools» und schliesslich die multifunktionalen «community colleges» das untere Ende der akademischen und sozialen Hierarchie des Systems bilden. Der regional unterschiedliche und hochschulintern niedere Stellenwert der Fakultäten für Teacher Education bzw. der «ed schools» prägt nach Labaree den widersprüchlichen Charakter der Kritik an ihrer Arbeit und der Vorschläge zu ihrer Reform, schwankend zwischen der Forderung nach mehr Forschungsorientierung oder einer Erziehung zum demokratischen Bürger als Hauptaufgabe der Lehrerbildung und gleichzeitig den besonderen Charakter von *education* und *teacher education* als Wissensformen und Professionen verkennend.

Vor dem Hintergrund seiner Arbeiten an einer historischen Soziologie des amerikanischen Bildungssystems diskutiert Labaree immer wieder – teils beiläufig, teils ausdrücklich und ausführlich – die widerstreitenden und auch widersprüchlichen Prinzipien und Ziele, die in den USA die politischen und akademischen Kontroversen zur Situation und Entwicklung des Bildungssystems beherrschen. Wie können die grossen Ziele der amerikanischen Erziehung – das demokratische Ziel, alle zu guten Bürgern zu erziehen, das Ziel, eine ausreichende Zahl qualifizierter Arbeitskräfte auszubilden und das Ziel, allen Chancen zur sozialen Mobilität zu eröffnen – realisiert werden? In historischer Perspektive weist er nach, dass diese Ziele in der amerikanischen Geschichte jeweils entsprechend den historischen Konstellationen unterschiedlich berücksichtigt wurden. In systematischer Hinsicht und bezogen auf die aktuellen Debatten argumentiert er mit Skepsis gegenüber der Herrschaft von Marktprinzipien im Bildungswesen: Ein Konsumenten-orientiertes Bildungssystem wie das amerikanische, das sich an dem Eigeninteresse seiner Kunden an Bildung als «individual good» ausrichten müsse, habe zu sozialer Stratifizierung, Formalismus, dem Streben nach Zertifikaten und Bildungshierarchien entsprechend Ansehen und Selektivität der Institutionen geführt, damit den Tauschwert von Bildung zum dominanten Zweck gemacht, aber das «Lernen» und seinen Gebrauchswert an den Schulen und Hochschulen in den Hintergrund gedrängt. Für ihn lässt sich das «public interest» nicht auf die Summe der privaten Interessen aller individuellen Konsumenten reduzieren, ergibt sich das «common good» nicht durch die «unsichtbare Hand» des Marktes und aus dem Streben aller nach Bildung als individuellem Gut. Deshalb ist es nötig und gerechtfertigt, dass ein öf-

fentliches Bildungssystem, dass die Aufgaben übernimmt, die nicht allein durch die Verfolgung individueller Ziele erreicht werden können (good citizens, skilled workers, sozial mobility), aber für alle als gemeinsames Gut unverzichtbar sind, auch von allen als gesetzliche und politische Verpflichtung mitgetragen wird.

In einer Situation, da es in Europa zum *main stream* der politischen und akademischen Debatten gehört, eine Umstrukturierung des Bildungssystems nach angelsächsischem Vorbild zu fordern, ist es lohnend zu lesen, wie umstritten diese Strukturen und Prinzipien in den USA selbst sind.



David F. Labaree: Education, Markets and the Public Good: the selected works
 London: Routledge 2007.
 192 S.
 EUR 27.-.
 ISBN 0-415-36995-9